

**A b d r u c k**

**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil  
der Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz  
von Mittwoch, den **21.07.2004**,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Schwing.**

**Für den in der Zeit von 16:00 Uhr bis 16:45 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Gabriele Almitter  
Herr Erwin Dotzel  
Frau Ellen Eberth  
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Herr Bruno Fischer  
Herr Michael Günther  
Herr Ferdinand Kern  
Frau Petra Münzel  
Herr Jürgen Reinhard  
Frau Monika Schuck  
Frau Gabriele Weber

**Stellv. Ausschussmitglied**

Herr Joachim Lüft

**Entschuldigt fehlte:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Berthold Rüth

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Frau Ruth Heim, Amtfrau  
Herr Wolfgang Röcklein, Reierungsamtmann  
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat  
Herr Kai Strüber, Techn. Oberinspektor  
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

**Ferner waren anwesend:**

Herr Hermann-Josef Eck, Stellvertreter des Landrats  
Frau Hoefß vom Büro Fabion GbR, Würzburg (Punkt 2)  
Herr Daub vom Büro ETI, Heidelberg (Punkt 3)

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Landrat Schwing auf den allen Ausschussmitgliedern ausgehändigten GKS-Umweltbericht 2003 hin.

Weiter gab Landrat Schwing das Schreiben der Regierung von Unterfranken vom 13.07.2004 bezüglich der Aufnahme des Landkreises Miltenberg in die Verwerterdatenbank Bayern des Bayer. Landesamtes für Umweltschutz (LfU) bekannt.

### **Tagesordnung:**

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 03.05.2004
- 2 Abschlussbericht über die Abfallanalysen für den Landkreis Miltenberg (Büro Fabion GbR, Würzburg)
- 3 Planungsüberlegungen zur Erweiterung und zum Umbau des Wertstoffhofes Erlenbach a.Main
- 4 Sachstandsbericht über die Restverfüllung und Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach:  
Übersicht über die verfüllten Mengen, angefallenen Kosten und erzielten Einnahmen
- 5 Deponie Schippach:  
Ermächtigung der Verwaltung zur Vergabe von Aufträgen im Rahmen der Oberflächenabdichtung
- 6 Information: Neuausschreibung der Sammel- und der Sortierleistung für Leichtverpackungen (gelber Wertstoffsack) durch die Fa. Duales System Deutschland AG DSD)

Tagesordnungspunkt 1:

#### **Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 03.05.2004**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

**Abschlussbericht über die Abfallanalysen für den Landkreis Miltenberg  
(Büro Fabion GbR, Würzburg)**

Frau Hoeß vom Büro Fabion GbR, Würzburg, erläuterte die den Ausschussmitgliedern vorliegenden Abfallanalysen 2003/2004 für den Landkreis Miltenberg.

Zum Hinweis von Kreisrätin Münzel, dass bezüglich der Organik im Restmüll weitergearbeitet werden sollte, sagte Regierungsamtmann Röcklein, dass die Verwaltung nach Auswertung der Analysen, auch gemeinsam mit der Fa. Herhof, mit Vorschlägen in den Ausschuss für Natur- und Umweltschutz zurückkommen werde.

Zur Bemerkung von Kreisrat Dr. Fahn, dass die Analysen keine Handlungsempfehlungen enthalten, teilte Landrat Schwing mit, dass Handlungsempfehlungen nicht beauftragt gewesen seien.

Kreisrat Kern lobte das vorliegende gute Ergebnis. Das gute Hausmüll-Ergebnis sollte versucht werden zu halten bzw. zu optimieren. Problempunkt sei seiner Meinung nach der Sperrmüll, weil diese Mengen von Jahr zu Jahr zunehmen.

Landrat Schwing bemerkte dazu, dass beim Sperrmüll insbesondere der Anteil an Möbeln sehr hoch sei, weil heutzutage schon nach wenigen Jahren neue Möbel gekauft werden.

Kreisrat Fischer lobte als Vertreter der Landwirtschaft das bestehende System. Dass die Flur jetzt sauber sei, sei diesem System zu verdanken.

Landrat Schwing stellte abschließend fest, dass der heute vorgestellte Bericht die Bestätigung enthalte, dass sich das Abfallentsorgungssystem bewährt habe und die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Handel und Gewerbe des Landkreises Miltenberg diese System annehmen. Allen Abfallkunden könne daher ein großes Lob ausgesprochen werden, verbunden mit der Bitte, sich auch künftig für Abfallsortierung und Umweltschutz zu engagieren.

Die Verwaltung werde den Bericht in den nächsten Wochen und Monaten auswerten und diskutieren, ob und welche Ergänzungen bzw. Verbesserungen daraus für das Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Miltenberg abgeleitet werden können.

Wie bekannt, stehen einige Umorganisationen im Abfallwirtschaftskonzept bevor, z.B. bezüglich Elektronikschrott. In diesem Zusammenhang lassen sich sicherlich einige Anpassungen vornehmen.

Selbstverständlich werde jede Änderung des Abfallwirtschaftskonzeptes im Ausschuss für Natur- und Umweltschutz beraten und beschlossen werden.

Tagesordnungspunkt 3:

### **Planungsüberlegungen zur Erweiterung und zum Umbau des Wertstoffhofes Erlenbach a.Main**

Regierungsamtmann Röcklein wies darauf hin, dass der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz bereits am 03.05.2004 vor Ort über die auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main anstehenden Veränderungen hinsichtlich der kommenden Elektronikschrottregelungen des Bundes informiert worden sei. Zwischenzeitlich sei verbindlich bekannt geworden, dass die Altholzerfassung bis spätestens 01.01.2006 umgestellt werden müsse. Diese neuen und erweiterten Aufgaben lassen sich auf dem bestehenden Wertstoffhof Erlenbach a.Main nicht bewerkstelligen.

Die Verwaltung habe daher das Büro ETI Energietechnik Ingenieure, Heidelberg, gebeten, ein Konzept für Umbau und/oder Erweiterung des Wertstoffhofes Erlenbach a.Main zu erstellen. Zuvor sei bei verschiedenen geeigneten und auf diesem Gebiet erfahrenen Ing.Büros angefragt worden. Ein Ing.Büro habe sich sogar aufgrund des Presseberichtes über die Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz vom 03.05.2004 selbst gemeldet. Aus guten Gründen habe sich die Verwaltung jedoch für das Büro ETI entschieden. Kurz etwas zum Büro ETI: Das Büro Energieconsulting Heidelberg (ECH), welches seinerzeit Müllumladestation und Wertstoffhof geplant und gebaut habe, existiere in der damaligen Form nicht mehr. Herr Daub, damals mit der Planung der Anlage befasst, habe sich mit weiteren ECH-Mitarbeitern selbstständig gemacht und ETI gegründet. Dieses Büro habe große Erfahrungen mit Abfallwirtschaftsanlagen von Wertstoffhöfen bis hin zu Müllverbrennungsanlagen.

Herr Daub vom Büro ETI, Heidelberg, erläuterte sodann die Planungsüberlegungen zur Erweiterung und zum Umbau des Wertstoffhofes Erlenbach a.Main.

Landrat Schwing bemerkte, dass die Planungen sehr großzügig seien, jedoch abschnittsweise nur das realisiert werden könne, was notwendig sei. Er bat zu bedenken, dass die Erweiterung des Wertstoffhofes über die Abfallgebühren erfolgen müsse.

Kreisrätin Münzel sprach sich dafür aus, die für die Erweiterung vorgesehene Fläche für einen Bahnanschluss freizuhalten. Sie habe dieses Ziel noch nicht aufgegeben, zumal Regierungsamtmann Röcklein in der letzten Ausschusssitzung gesagt habe, dass der Bahntransport evtl. doch noch möglich sei.

Landrat Schwing erklärte dazu, dass, wenn der Bahntransport möglich würde, die Verladung nicht auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main durchgeführt würde, weil dies zu teuer wäre. In diesem Fall müsste die Verladung am Bahnhof Obernburg-Elsenfeld erfolgen.

Kreisrat Dotzel bezeichnete die erläuterten Planungsüberlegungen als gutes Gesamtkonzept. Er fragte, wie die Maßnahme in Bauabschnitte eingeteilt werden könne und ob eine zweite Waage (Kosten 40.000,00 €) erforderlich sei.

Landrat Schwing sagte dazu, dass er mit einer zweiten Waage wegen der Kosten auch Probleme habe. Bevor die Entscheidung über diese Beschaffung erfolge, müsse überlegt werden, ob der Wiegevorgang anders organisiert werden könne. Außerdem müsse versucht werden, vom Gesamtbetrag der Maßnahme (ca. 400.000,00 €) herunterzukommen.

Kreisrat Kern erklärte, dass Ziel der SPD-Fraktion der Müllferntransport in der Region 1 sei. Er fragte, wofür der Bereich des bestehenden Werthofes künftig genutzt werden soll. Bezüglich einer zweiten Waage sollte zunächst nach einer kostengünstigeren Lösung gesucht werden.

Regierungsamtmann Röcklein teilte mit, dass die zweite Waage kleiner als die bereits vorhandene Waage sein soll und hauptsächlich zu Stoßzeiten kleinere Fahrzeuge über die zweite Waage abgefertigt werden sollen. Zu den Anschaffungskosten einer zweiten Waage in Höhe von 40.000,00 € kämen alle drei Jahre Gebühren für die Eichung. Die Nutzung des bestehenden Wertstoffhofes werde künftig nicht mehr so hoch sein wie bisher. Es werde jedoch Platz für gefüllte Container benötigt. Ziel sei es, künftig auf Rollcontainer abzustellen.

Kreisrat Reinhard sagte Ja zu vorliegenden Planung, vertrat jedoch die Meinung, dass die Kosten zu hoch seien.

Kreisrat Dr. Fahn meinte, eine zweite Waage sei zwar wünschenswert, aber zu kostspielig. Er finde es nicht schlimm, wenn zu Stoßzeiten Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. Insgesamt könne man mit dem Gesamtkonzept zufrieden sein, aber es müsse unbedingt nach Einsparungen gesucht werden.

Kreisrätin Eberth erinnerte daran, dass in der Ausschusssitzung am 03.05.2004 nur über eine Erweiterung wegen Elektronikschrott gesprochen worden sei. Jetzt soll eine viel größere Anlage entstehen. Dafür müsse nach einer kostengünstigeren Lösung gesucht werden.

Kreisrat Dotzel sprach sich dafür aus, das Gesamtkonzept nicht zu zerreden. Es sollte vielmehr überlegt werden, wie es kostengünstig umgesetzt werden könne.

Den Vorschlag von Kreisrat Lüft, die zweite Waage ab der Grüngut-Annahmestelle aufzustellen, hielt Herr Daub vom Büro ETI nicht für sinnvoll. Diese Waage sollte im Sichtbereich des Personals stehen. Generell umzuplanen halte er für problematisch. Es könne aber über eine Realisierung von Teilflächen nachgedacht werden.

Landrat Schwing bat um Umplanungen auf deutlich niedrigerem Niveau als 400.000,00 €, und Nachrüstungsmöglichkeiten vorzusehen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste sodann einstimmig folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zu Erweiterung und Umbau des Wertstoffhofes Erlenbach a.Main voranzubringen und dem Ausschuss für Natur- und Umweltschutz auf der Basis des vorgestellten Konzeptes in der Herbst-Sitzung 2004 einen Bauentwurf mit einer deutlich niedrigeren Kostenschätzung als 400.000,00 € zur Genehmigung vorzulegen.

Tagesordnungspunkt 4:

### **Sachstandsbericht über die Restverfüllung und Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach: Übersicht über die verfüllten Mengen, angefallenen Kosten und erzielten Einnahmen**

Amtfrau Heim berichtete, dass die Deponie Schippach in der Zeit vom 25.06.2001 bis 30.04.2004 entsprechend der Verfüllanordnung der Regierung von Unterfranken vom 02.07.2001 restverfüllt worden sei. Die Profilierung sei auf der Grundlage der Planungsvariante 8 des Büro ICP erfolgt. Der Massenbedarf an Z 3-Material für die Restverfüllung ohne Bauabschnitt III c sei auf 66.500 cbm bzw. ca. 120.000 t geschätzt worden, die damit verbundenen Einnahmen auf der Grundlage des Vertrages mit der Arbeitsgemeinschaft ProConsult/Geiger auf ca. 1.963.200,00 €

Tatsächlich angeliefert worden seien bei der Deponie Schippach im vorgenannten Zeitraum insgesamt 143.374 t (133.530 t Z 3-Material plus Wegebbaumaterial aus der Müllumladestation Erlenbach a.Main sowie Drän- und Dichtmaterial für den Dichtungskeil), also ca. 19,48 % mehr als geplant. Die Einnahmen seien mit 2.116.646,97 € ebenfalls höher als ursprünglich erwartet. Allerdings stiegen sie mit ca. 7,82 % nicht im gleichen Umfang wie die Einbaumenngen, da für das Wegebau- sowie das Drän- und Dichtmaterial keine Einnahmen erzielt worden seien und sich das von der ARGE zu zahlende Entgelt ebenfalls etwas verringert habe.

Wesentlich stärker als die geplanten Einnahmen seien jedoch die Ausgaben gestiegen. Bedingt durch die schlechte Lage auf dem Bausektor und die schwindenden öffentlichen Mittel sei in (Süd-)deutschland wenig belastetes Material, welches sich für die Profilierung der Deponie Schippach eigne angefallen. Diese Abfälle seien auch noch „heiß umkämpft“ gewesen. Statt weniger großer Einzelmaßnahmen hätten viele kleine Maßnahmenanfragen bearbeitet werden müssen. Von insgesamt 198 Materialanfragen seien lediglich 131 Maßnahmen gekommen, 11 seien abgelehnt worden.

Für die Qualitätssicherung sei nach dem QS-Plan ursprünglich die Überprüfung von 40 Deklarationsanalysen vorgesehen, tatsächlich überprüft worden seien jedoch ca. 200. Damit seien auch die Kosten für Qualitätssicherung, die ja nicht zuletzt wegen der Ängste und Bedenken der Bürgerinitiative sehr umfangreich und intensiv durchgeführt worden seien, von geplanten 47.903,90 € auf geschätzte 73.775,08 € = + 54 % gestiegen (die Schlussrechnung von ICP liege noch nicht vor). Auch die an die Fa. Michel zu zahlenden Einbaukosten hätten sich durch die vielen Einzelmaßnahmen erhöht. Die Mehrkosten seien wegen des Abrechnungsmodus nicht genau zu beziffern, jedoch hätten z.B. für jede Baustelleneinrichtung (128 Stück) brutto 88,96 € entrichtet werden müssen. Hinzu seien Kosten für 68 x Maschinenreinigung von ebenfalls brutto 88,96 €/Stück gekommen. Insgesamt hätten die Kosten für Materialeinbau, Klärschlammrückbau sowie Errichtung des Dichtungskeils ca. 268.100 € betragen.

Ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben (incl. der laufenden Kosten wie z.B. Sickerwasserentsorgung, Reinigung und Kamerabefahrung der Sickerwasser- und Tiefendränageleitungen, Grund- und Sickerwasseruntersuchungen, Laborbedarf, etc). von 2001 bis 2004 (Stand 16.07.2004) ergebe folgendes:

Einnahmen:	2.116.646,97 €
Ausgaben:	<u>712.700,12 €</u>
	<b>1.404.046,85 €</b>

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm hiervon einstimmig zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

**Deponie Schippach:**

**Ermächtigung der Verwaltung zur Vergabe von Aufträgen im Rahmen der Oberflächenabdichtung**

Amtfrau Heim erinnerte daran, dass der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz am 08.12.2003 beschlossen habe, das Büro ICP, Karlsruhe, mit der Ausführungsplanung (Leistungsphase 5) sowie mit der Vorbereitung und der Mitwirkung bei der Vergabe (6 + 7) zu beauftragen und zwar auf der Grundlage der im Sommer 2003 bei der Regierung von Unterfranken eingereichten Genehmigungsplanung für die Oberflächenabdichtung der Deponie

Schippach mit Trisoplast (Beschluss des Ausschuss für Natur- und Umweltschutz vom März 2003).

Die Beauftragung von ICP, Karlsruhe, sei mit Ingenieurvertrag vom 16./20.02.2004 erfolgt. Allerdings habe ICP mit der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen erst nach dem Vorliegen der Genehmigung für die Oberflächenabdichtung beginnen können, da Auflagen aus dem Genehmigungsbescheid in die zu erstellenden Unterlagen einzuarbeiten gewesen seien.

Mit Schreiben vom 13.05.2004 habe die Regierung von Unterfranken die Plangenehmigung für die Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach mit Trisoplast erteilt. ICP habe daraufhin unverzüglich mit den beauftragten Arbeiten begonnen, die jedoch wegen ihres Umfangs (Erstellung eines QS-Planes und Abstimmung mit der Genehmigungsbehörde, detaillierte Baubeschreibung, ausführliches Leistungsverzeichnis usw.) erst jetzt fertig gestellt werden konnten. Die Versendung der Ausschreibungsunterlagen sei für 26.07.2004 vorgesehen, das Ende der Angebotsfrist für 19.08.2004 angedacht. Danach sei eine ca. einwöchige Prüfung der Angebote durch ICP vorgesehen, so dass voraussichtlich Ende August 2004 ein Vergabevorschlag von ICP vorliegen werde und die Arbeiten für die Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach vergeben werden könnten.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz sei auf 29.09.2004 terminiert. Um jedoch die i.d.R. von den Witterungsverhältnissen her günstige Zeit (September und Oktober) nutzen zu können, um noch in diesem Jahr (wie vom Ausschuss für Natur- und Umweltschutz am 03.05.2004 gewünscht) einen Teil der Oberflächenabdichtung aufzubringen, wäre es erforderlich, die Bauarbeiten für die Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach schnellst möglich nach Vorliegen des Ausschreibungsergebnisses zu vergeben.

Die Landkreisverwaltung bitte daher um die Ermächtigung, den Auftrag zur Erstellung der Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach auf das nach dem Ausschreibungsergebnis wirtschaftlich günstigste und annehmbarste Angebot erteilen zu dürfen. Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz würde dann in seiner nächsten Sitzung über das Ausschreibungsergebnis und die Vergabe informiert.

Auf die Frage nach den Gesamtkosten der Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach nannte Amtfrau Heim den Betrag von 3,45 Mio €. Die Verwaltung hoffe auf ein günstiges Ausschreibungsergebnis. Nach Erfahrungen des Büros ICP dürften die Schätzkosten nicht überschritten werden.

Auf Vorschlag von Landrat Schwing fasste der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz sodann einstimmig folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Oberflächenabdichtung der Deponie Schippach dem Bieter zu erteilen, welcher im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung das wirtschaftlich günstigste und annehmbarste Angebot unterbreitet, vorausgesetzt die Gesamtkosten liegen unter 3,2 Mio €. Sofern diese Summe überschritten wird, ist die Angelegenheit dem Ausschuss für Natur- und Umweltschutz zur Entscheidung vorzulegen. Ansonsten ist der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz in seiner nächsten Sitzung über die Auftragsvergabe zu informieren.

Tagesordnungspunkt 6:

**Information: Neuausschreibung der Sammel- und der Sortierleistung für Leichtverpackungen (gelber Wertstoffsack) durch die Fa. Duales System Deutschland AG DSD)**

Landrat Schwing informierte darüber, dass die Fa. Sita Bormann von der Fa. DSD (AG) den Auftrag für das Einsammeln und Sortieren des gelben Wertstoffsackes nur für das Jahr 2004 erhalten habe. Für die Jahre 2005 bis 2007 habe die DSD AG eine Neuausschreibung, getrennt in Sammel- und Sortierleistung durchgeführt.

Mit Schreiben vom 06.07.2004 habe nun die Fa. DSD AG mitgeteilt, dass der Auftrag für die Sortierung der gelben Wertstoffsäcke aus dem Landkreis Miltenberg der Fa. RESO, Michelstadt, erteilt worden sei. Damit werden ab 01.01.2005 die gelben Wertstoffsäcke aus dem Landkreis Miltenberg nicht mehr in der Wertstoffsartieranlage der Fa. Sita Bormann (vormals Recycling Untermain) in Kleinwallstadt sortiert.

Über die Auftragsvergabe für das Einsammeln der gelben Wertstoffsäcke im Landkreis Miltenberg liege noch keine Benachrichtigung der Fa. DSD AG vor. Je nach Ausgang dieser Auftragsvergabe könne der Landkreis Miltenberg zu Reaktionen bezüglich der Organisation der Müllabfuhr gezwungen werden. Im schlimmsten Fall werden die gelben Wertstoffsäcke künftig nicht mehr am Tag der Müllabfuhr eingesammelt.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz werde darüber in der Herbst-Sitzung informiert werden.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Mottl**  
Protokollführerin